

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

fülle von Juristen im politischen Dienste hingewiesen. Nach seiner Berechnung sind in Österreich fast zweimal so viel politische Konzeptsbeamte tätig als in Deutschland. Das Verhältnis der Kanzleikräfte ist dagegen umgekehrt. Eine Wendung zum Besseren vermochte auch dieser ausgezeichnete Fachmann nicht herbeizuführen. Ungefähr zur selben Zeit hat sich der bekannte Vorkämpfer einer Justizreform in Deutschland, der Frankfurter Oberbürgermeister Udkes, für eine weitgehende Verminderung der Zahl der Richter in Deutschland eingesetzt. Seine Bestrebungen haben auch die Zustimmung in den Kreisen der Richter selbst gefunden. Für unsere Verhältnisse ist es bemerkenswert, daß anlässlich der Erörterungen über die erforderliche Zahl von Richtern darauf hingewiesen wurde, daß in Österreich im Vergleich zur Bevölkerungszahl noch um 30% mehr Richter vorhanden sind als in Deutschland.

Gelegentlich der parlamentarischen Behandlung der Dienstpragmatik hat v. Pank sich warm dafür eingesetzt, daß die Lösung der Beamtenfrage im Wege einer wirtschaftlich durchdachten Verwaltungsreform in Angriff genommen werde (steno-graphische Protokolle, XXI. Session, 30. Mai 1912).

Der Minister des Innern, Baron Heinold, erklärte: „Durch vollste Ausnutzung der Arbeitskraft jedes einzelnen, wie sie im Wirtschaftsleben der freien Unternehmung überall zu Tage tritt, und durch die Übertragung größerer Verantwortlichkeit an die einzelnen Organe, freilich aber auch durch Bezahlung dementsprechender Gehalte wird es gelingen, einen Wandel der Dinge anzubahnen, der ebenso im Interesse des Staates wie in jenem der Bevölkerung gelegen wäre.“

Der Ministerpräsident Baron Bienerth führte in einer der Kaiserlichen Kommission zur Reform der Verwaltung gewidmeten Rede aus: „Eine dauernde Gesundung hängt nicht bloß von der Vermehrung der Einnahmen, sondern auch von der Verminderung der Ausgaben oder wenigstens von einer Verhinderung ihres weiteren Steigens ab. Es nützt nichts, wir müssen den Mut haben, das Wort ‚Ersparungen‘ auszusprechen. Der moderne Verwaltungsorganismus zeigt infolge der ungeheuren Zunahme der staatlichen Agenden eine starke Neigung